

CDU Fraktion in der Lübecker Bürgerschaft

Informationen der Fraktion

01 | 25

28. Mai 2025



Liebe Freundinnen und Freunde der CDU,

Wir wollen Ihnen mit diesem Newsletter einen Überblick über wichtigsten Themen der letzten Bürgerschaftssitzung geben.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen. Senden Sie uns gerne Ihre Anregungen zu diesen oder anderen Themen.

Am 4. Juni 2025 organisieren wir (Beginn: 19.00 Uhr, in der Großen Börse des Lübecker Rathauses) ein RathausForum.

Das Thema ist: **„Die Feste Fehmarnbelt - Querung: Chancen und Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Lübeck“**

Sie sind herzlich eingeladen teilzunehmen!

Bitte melden Sie sich an.

Ihr

Bürgerschaftssitzung am 22. Mai 2025

„Die vom Bürgermeister vorgesehene Erhöhung der Parkgebühren sprengt das Akzeptable“ so Christopher Lötsch, Fraktionsvorsitzender der CDU - Fraktion.

Weiterhin wird durch das Vorgehen der Verwaltung die Bürgerschaft um ihre Recht der Mitwirkung und Gestaltung beraubt.

Grundliegende Rechte sind es z.B. über folgendes zu entscheiden:

1. Finanzielle Auswirkungen von Beschlüssen, die Angemessenheit von Preisanpassungen.
2. Stadt- / Raumplanerische Auswirkungen, umweltpolitische Zielsetzungen und die Maßnahmen zu deren Erreichung.
3. Bewertung / Berücksichtigung von wirtschaftlichen Auswirkungen geplanter Maßnahmen auf das städtische Umfeld, z.B. auf Handel und Dienstleistungen.

Wir sind nicht nur über die Höhe, sondern auch über die Art und Weise, wie die Verwaltung die neuen Parkgebühren einführen will, besorgt.

Die neue Stadtverordnung zu den Parkgebühren wird von uns abgelehnt. Statt Transparenz und Beteiligung gibt es einseitiges Verwaltungshandeln - mit bislang ungeklärten finanziellen und rechtlichen Konsequenzen.

Eine solch weitreichende Maßnahme darf nicht einfach durchgewunken werden, ohne dass man genau weiß, welche Auswirkungen sie auf Haushalt und Stadtgesellschaft hat.



„Die Bürgerschaft ist kein Statist, sie ist das demokratisch legitimierte Organ dieser Stadt. Unser aller Ziel sollte es doch sein, dass Verwaltung und Politik konstruktiv zusammenarbeiten“, erklärt Dr. Ulrich Brock.

Wir sind nicht gegen eine moderate Erhöhung der Parkgebühren. Aber wir wünschen uns einen detaillierten Finanzbericht, der offenlegt, welche Einnahmeveränderungen durch die neue Verordnung zu erwarten sind und welche Parkgebühren verträglich sind.

Zudem erwarten wir eine rechtliche Bewertung durch die Kommunalaufsicht Schleswig-Holstein, ob die Vorgehensweise der Verwaltung zulässig ist.

Dabei ist zu klären: Handelt es sich bei der Umsetzung um ein "Handeln nach Weisung", das so

BÜRGERSCHAFTSSITZUNG AM 22. MAI 2025

ausgewogen ist, dass die kommunale Selbstverwaltung kein Mitspracherecht hat? Oder sind die Änderungen so umfassend, dass die Bürgerschaft zwingend mitentscheiden muss?

„Bis zur Beantwortung dieser Fragen sollte die Umsetzung der neuen Stadtverordnung ausgesetzt werden“, so Bernhard Simon, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion.



Zweckentfremdungssatzung vorerst gestoppt!

Der von der Verwaltung vorgelegte Entwurf zur Satzung über die Zweckentfremdung von Wohnraum ist abgelehnt worden.

Ein interfraktioneller Antrag von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP schützt die Lübecker Bürger vor der Überregulierung, überhöhten Strafen und unnötiger Bürokratie.

„Wir brauchen keine weitere Hürde für Eigentümer und Investoren, sondern endlich praktikable Lösungen für den Wohnraummangel. Wir brauchen mehr Wohnungen, nicht mehr Bürokratie und eine pragmatische, rechtssichere Lösung, die Vertrauen schafft, statt Angst zu schüren – und die den Weg frei macht für echten Fortschritt auf dem Wohnungsmarkt“, erklärt Christopher Lötsch.

Die Satzung muss sich auf die tatsächliche Problematik konzentrieren: die unregelte Umwandlung von Wohnraum in Ferienwohnungen – und nicht Kleingewerbe und Freischaffende bekämpfen.

Gleichzeitig muss es einen starken Bestandsschutz und klare Ausnahmen für selbstgenutztes Eigentum und z.B. Einliegerwohnungen und rechtlich geltenden Bebauungsplänen geben. „Wir wollen eine kluge Regulierung, aber keinen Generalverdacht gegen Eigentümer oder Vermieter. Unsere Linie ist klar: Nur die Umnutzung zu Ferienwohnungen soll unter die Satzung fallen – und auch hier mit Augenmaß, zeitlich befristet!“



Bereits bestehende oder bis zum 22. Mai 2025 genehmigungsfähige Ferienwohnungen sollen Bestandsschutz erhalten.

Die Gültigkeit der Satzung wird auf vier Jahre befristet.

Die Verwaltung soll den Blick auf echte Lösungen lenken: durch Umwidmung von Gewerbeflächen in Wohnraum, Beschleunigung laufender B-Planverfahren und konkrete Vorschläge zur Schaffung neuen Wohnraums.

„Die Menschen in Lübeck erwarten Lösungen – keine Verbote, kein Misstrauen, keine Schikanen“, so Christopher Lötsch.

Die CDU steht für eine pragmatische, rechtssichere und wirtschaftlich tragfähige Wohnraumpolitik.“

Kulturstiftung der Hansestadt Lübeck

Nicht in der Bürgerschaftssitzung, aber am 5. Mai 2025, wurde Lars Rottloff zum neuen Stiftungsratsvorsitzenden der Kulturstiftung gewählt.

Die Stiftung ist Trägerin bedeutender Kultureinrichtungen wie dem Buddenbrookhaus, dem Günter-Grass-Haus und verantwortet die Geschäftsführung der städtischen Museen.

„Die Lübecker CDU-Bürgerschaftsfraktion gratuliert Lars Rottloff ganz herzlich. Lars Rottloff war lange Jahre kulturpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion und bringt seine Expertise derzeit als ordentliches Mitglied im Ausschuss für Kultur- und Denkmalpflege ein. Wir freuen uns sehr, dass er nun den Vorsitz der Kulturstiftung übernommen hat und wünschen ihm auch in dieser Funktion bestes Gelingen“, freut sich Christopher Lötsch, Vorsitzender der CDU-Bürgerschaftsfraktion.

Lars Rottloff bringt umfassende Erfahrung aus verschiedenen Gremien mit. Er war unter anderem Vorsitzender des Aufsichtsrats von Lübeck und Travemünde Marketing.

Die Kulturstiftung ist Mitglied im Arbeitskreis selbständiger Kultur-Institute, zählt neben der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen zu den größten Museumsverbänden in Schleswig-Holstein.